

Gleichwertiger Abschluss

Initiative zur Bekämpfung der Ausbildungsnot

Von Stefanie Kettler

Osterholz-Scharmbeck. „Das Recht auf Ausbildung für Jugendliche“ – so nennt die SPD ihre jüngste Initiative, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Das Prinzip ist einfach. Jugendliche, die keine Lehrstelle bekommen haben, sollen durch eine „vollzeitschulische Ausbildung“ an einer Berufsbildenden Schule einen gleichwertigen Abschluss erhalten können. Um die Praxisnähe ihres Konzeptes zu überprüfen, hat der SPD-Arbeitskreis „Kultur“ nun der BBS Osterholz-Scharmbeck einen Besuch abgestattet.

Mit guten Ergebnissen. „Ausgesprochen ermutigend“, so Walter Meinhold, sei der Besuch an der BBS abgelaufen. Er bedeute, dass die Initiative für ein Recht auf Ausbildung nicht nur ein theoretisches Konzept sei. „Es macht Sinn, die Berufsbildenden Schulen stärker in die Ausbildungsfrage einzubeziehen.“ – „In dieser strukturschwachen Region steigt die Jugendarbeitslosigkeit stetig“, gibt auch Claus Peter Poppe zu bedenken. Man müsse auf kompetente Partner setzen, um eine „handfeste Konzeption“ zu entwickeln.

In den Augen der SPDler erreicht die BBS Osterholz-Scharmbeck

dabei Vorzeigecharakter. Zum einen hat die Schule den Vorrang, eine so genannte „ProReKo-Schule“ zu sein. Die Teilnahme am „Projekt Regionale Kompetenzzentren“ macht die BBS in Gestaltung und Wirtschaft „hochgradig selbstständig“, die Schule kann sich den Gegebenheiten anpassen und nicht andersherum.

Darüberhinaus gibt es bereits eine Produktionschule für Lehrstellenlose an der BBS. Wie von der SPD angedacht, wird dort gearbeitet und bezahlt, allerdings derzeit noch entgeltlos und ohne dass die Jugendlichen einen Abschluss erreichen können. Dieses solle sich jedoch bald ändern, verspricht Schulleiter Wilhelm Windmann.

Man müsse Mittel und Lehrer nutzen, fordert Meinhold. Ein gleichwertiger Abschluss, zertifiziert von Handels- oder Handwerkskammer, sollte das Ziel sein.

Nichtsdestotrotz hat der Besuch den Arbeitskreis in seinem Schaffen bestärkt. Die Schule habe versucht zu reagieren, sich dem Bedarf anzupassen, lobte Wolfgang Wulf, und auch Tim Jesgarzewski stimmte in den allgemeinen Tenor ein, sah die Politik jedoch auch im Zugzwang. „Wir müssen unser Reden nun in eine konkrete Ausarbeitung umsetzen. Der Schulträger allein

kann das nicht.“

So sollen allein in Niedersachsen in Zukunft mithilfe von Bundesagentur für Arbeit und ESP, Bundes- und Landesmitteln etwa 10.000 Jugendliche, die im dualen System (Lehrstelle/Schule) durch das Raster gefallen sind, qualifiziert ausgebildet und mit einem monatlichen Entgelt von etwa 300 Euro vergütet werden. Wie in einer normalen Ausbildung soll innerhalb einer Zeitspanne von drei Jahren das Ausbildungsziel erreicht werden. Während zwei dieser Jahre theoretisch an den Berufsbildenden Schulen unterrichtet wird, soll ein Jahrespraktikum in einem adäquaten Betrieb dem Praxisteil abdecken. Nach Ablauf der drei Jahre soll schließlich die zuständige Kammer den Auszubildenden prüfen und auszeichnen.

Wichtig, so das Konzept der SPD, sei es dabei, darauf zu achten, dass die Bildungsgänge zukunftsfähig und strukturspezifisch sowie beschäftigungspolitisch sinnvoll seien. Die Ausbildungsnot könne durch die Initiative „Recht auf Ausbildung“ zwar nicht von einem auf den nächsten Tag abgebaut, aber doch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gemacht werden. Walter Meinhold brachte es auf den Punkt: Immerhin stehe dann am Ende ein Abschluss.



Claus Peter Poppe, Wolfgang Wulf, Rudolf Robbert, Daniela Krause-Behrens, Doktor Tim Jesgarzewski sowie Wilhelm Windmann und Walter Meinhold haben in Gesprächen das bisher theoretische Konzept „Recht auf Ausbildung für Jugendliche“ weiter verfeinert und praxisnah